



Bund für Geistesfreiheit
Erlangen



www.bfg-erlangen.de

Antisemitismus in Bayern während der Weimarer Demokratie

Für in Deutschland lebende jüdische Menschen war der November 1923 die bis dahin schlimmste Zeit ihrer Geschichte.

In seinem neuen Buch „Pogrom im Scheunenviertel“ erzählt Karsten Krampitz von den judenfeindlichen Ausschreitungen nördlich des Berliner Alexanderplatzes.

Hass und Hetze standen in einem direkten Zusammenhang mit der antisemitischen Innenpolitik im Freistaat Bayern. Bereits 1920 hatte die *Jüdische Rundschau* vermeldet: „In München ist ein förmlicher Terror gegen alle Fremden aufgerichtet worden und am schwersten leiden natürlich wieder die Ostjuden. Die antisemitische Bewegung in Bayern übertrifft alles bisher Dagewesene. Wir erhielten eine Sammlung von antisemitischen Flugblättern und Flugschriften, die an unflätigem Blödsinn die ganze pamphletistische Literatur in den Schatten stellen.“ Bedauerlicherweise mache die Regierung den Kreuzzug gegen die Juden mit, ohne sich durch irgendwelche Bedenken moralischer oder politischer Natur behindern zu lassen. Jene politischen Kräfte, die heute in Bayern den „Asyltourismus“ anprangern, organisierten damals Massenausweisungen ostjüdischer Familien.

Karsten Krampitz, 1969 in Rückersdorf, Brandenburg, geboren ist Schriftsteller, Journalist und Historiker. Bekannt wurde er auch durch sein 2017 im Alibri Verlag erschienenen Buch „Jedermann sei untertan – Deutscher Protestantismus im 20. Jahrhundert. Seit 2021 ist er Lehrbeauftragter an der Alpe-Adria-Universität Klagenfurt. Er lebt in Berlin.

Lesung und Diskussion

Donnerstag, 07.12.2023

**19:30 Uhr Lesecafé Anständig Essen im
Altstadtmarkt**

Erlangen, Hauptstraße 55

Der Eintritt ist frei.

Die Veranstaltenden behalten sich gem. § 6 VersG / Art. 10 BayVersG vor, von ihrem Hausrecht Gebrauch zu machen und Personen, die rechtsextremen Organisationen angehören, der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, den Zutritt zu der Veranstaltung zu verwehren oder von dieser auszuschließen.